

Die Richtungskämpfe in der französischen Sozialistischen Partei

Autor(en): **Breton, Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Macht kommen sollten, von den Reformen der Arbeiterregierung auf diesem Gebiete nur die Berechtigung der Bank of England abschaffen würden, den Privatbanken Direktiven zu erteilen. Am Ende der laufenden Legislaturperiode wird Großbritannien noch kein sozialistisches Land sein, auch wenn die Arbeiterregierung jede Rücksichtnahme auf die Solidarität der amerikanischen Kapitalisten mit den englischen ablehnt. Aber es wird selbst in dem unwahrscheinlichen Fall einer Wahlniederlage der Labour Party in einem Entwicklungsstadium sein, von dem es *kein Zurück in das Reich des unkontrollierbaren Kapitalismus mehr gibt*, dank den fünf Jahren Arbeiterregierung, die – nehmt alles nur in allem! – das Gesicht des Landes stark verändert haben werden.

PIERRE BRETON

Die Richtungskämpfe in der französischen Sozialistischen Partei

Paris, Mitte März 1948.

Die innere Krise der Sozialistischen Partei Frankreichs hat sich seit dem Parteikongreß in Lyon erheblich verschärft. Der Druck der nationalen und internationalen Ereignisse hat die Herausbildung neuer Tendenzen gefördert, zu Absplitterungen geführt, alte Gegensätze der früheren Richtungen versteift. Eine objektive Darstellung der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei, der Verbindungen einzelner Gruppierungen mit andern politischen Parteien, dürfte zum Verstehen der Parteikrise beitragen.

Die Koalitionspolitik Blums

Seit der Spaltung auf dem Kongreß in Tours, 1920, ist Léon Blum der unbestrittene Führer der Partei. Er hat sofort nach seiner Rückkehr aus der Deportation diese führende Rolle wieder eingenommen. Als politischer Leiter des «Populaire», des Zentralorgans der Partei, in dem er beinahe täglich seine Leitartikel schreibt, übt Blum auch heute noch seinen überragenden Einfluß aus. Er wurde in der Partei zum erstenmal auf dem Pariser Parteikongreß von 1946 durch die Richtung Guy Mollet in Minderheit versetzt. Blums Politik läßt sich in einem Wort zusammenfassen: Koalitionspolitik. Die gesamte Politik der Sozialistischen Partei seit der Befreiung ist durch diese Konzeption

Blums bestimmt worden. Die Ära der Dreierkoalition: Sozialisten – Katholiken – Kommunisten stand unter diesem Zeichen. Die Selbsteliminierung der Kommunisten aus der Regierung hat diese Dreierkoalition nicht zerstört, hingegen ihr politisches Schwergewicht mehr nach rechts verlegt. Unter dem Druck der starken kommunistischen Opposition suchte die Sozialistische Partei Verbündete von rechts, bei den Radikalsozialisten Herriots und weiter rechts stehenden bürgerlichen Gruppen. Das Auftreten des Gaullismus auf der politischen Bühne Frankreichs hat diese Koalitionspolitik Léon Blums noch verstärkt. Um dem doppelten Ansturm von links und von rechts zu widerstehen, angesichts einer immer mehr schwindenden parlamentarischen Basis und des Fehlens realer und solider Stützpunkte in der Arbeiterschaft ist die Blumsche Politik gezwungen, mehr und mehr Hilfe bei bürgerlichen Mittel- und offenen Rechtsgruppen zu suchen. Der bisher treueste Koalitionspartner der Sozialisten, die Katholiken, wird von der gaullistischen Grippe heftig verseucht, sein eigenes parlamentarisches Gewicht vermindert sich erheblich. Der langsame Übergang einer noch stark sozialistisch bestimmten Koalitionspolitik unter Ramadier zur heutigen Regierung Schuman mit ihrem betont bürgerlich-liberalen Einschlag ist der handgreifliche Beweis für das Abgleiten dieser Koalitionspolitik nach rechts. Heute sind es nicht mehr die sozialistischen Minister, die der Regierung ihren Charakter aufdrücken, jetzt tragen diese umgekehrt die Regierungsverantwortung einer mehrheitlich bürgerlichen Koalitionsregierung mit.

Die offensichtlichen Mißerfolge dieser Koalitionspolitik weckten immer heftigeren Widerstand in den Reihen der Partei. Auf den zwei letzten Parteikongressen wurde dieser Widerstand von Guy Mollet geführt.

Die Richtung Guy Mollet

Guy Mollet ist Abgeordneter von Arras. Seine politischen Gegner versäumen keine Gelegenheit, ihn als Robespierre der IV. Republik zu bewitzeln. Er verstand es jedenfalls, sich zum Wortführer der Unzufriedenen in der Partei zu machen und eine Opposition gegen die Parteiführung Blums zu organisieren. Auf dem Pariser Parteitag war diese Opposition erfolgreich, und sie ernannte Guy Mollet zum Generalsekretär der Partei. Die Richtung Mollet hat kein ausgeprägtes politisches Gesicht, sie ist keine Tendenz, noch weniger eine Fraktion. Sie stellte der Blumschen Koalitionspolitik kein grundsätzlich verschiedenes Programm gegenüber. Der Sieg der Richtung Mollet war ein Sieg der Unzufriedenen in der Partei. Mollet forderte kein Aufgeben, sondern

ein besseres Ausnützen der Regierungsbeteiligung nach sozialistischen Gesichtspunkten. Der Lyoner Parteitag 1947 akzeptierte denn auch logischerweise ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm, das von der Partei in Regierung und Parlament vertreten werden sollte. Obwohl die überwiegende Mehrheit des Lyoner Kongresses dieses Programm befürwortete, erhoben sich sofort große Schwierigkeiten. Die sozialistischen Minister, die Hälfte der sozialistischen Parlamentsfraktion, weigerten sich, dieses Programm in Regierung und Parlament zu vertreten. Der Beschluß von Lyon hätte nach ihrer Meinung ganz einfach die Regierungskoalition gesprengt, da sich die bürgerlichen Partner keinesfalls ein sozialistisches Programm aufnötigen ließen. Gegen diesen Disziplinarbruch erhob sich das Direktionskomitee der Partei und verlangte energische Maßnahmen gegen die Disziplinbrecher. Guy Mollet hatte mit dem damaligen Ministerpräsidenten Ramadier eine heftige Auseinandersetzung, worin sich der letztere energisch weigerte, die Beschlüsse von Lyon als bindend anzuerkennen. Der Konflikt wurde nur unter großen Schwierigkeiten gelöst, besser vertagt. In Wirklichkeit existiert er weiter und vergiftet die Atmosphäre. Trotz der Mehrheit, die die Richtung Mollet in Paris besitzt, ist sie oft zur Ohnmacht verurteilt. Die alte Parteiführung, die sich der Gunst Léon Blums erfreute, hat die wichtigsten Posten in der Partei noch immer in Händen. Auf das Zentralorgan der Partei hat die Richtung Mollet so gut wie keinen Einfluß, Redaktion wie Administration werden von der Richtung Blum beherrscht. Für die große Mehrheit der andern sozialistischen Presseorgane trifft dasselbe zu. So hat die Richtung Mollet wohl das Generalsekretariat in Händen, aber gar keine Mittel, dieses an sich wichtige Instrument für sich auszunützen, da auch die finanziellen Kommandohöhen in den Händen der alten Parteiführung verblieben.

Sozialismus und Freiheit

Die Seine-Föderation der französischen Partei galt schon vor dem Kriege als die am weitesten links stehende Gruppe der Partei. Das hat sich auch nach dem Kriege nicht geändert. Der Generalsekretär des Pariser Bezirks ist Marceau Pivert. Vor dem Kriege war er der Wortführer der sozialistischen Parteilinken. Unter der Volksfrontregierung von Léon Blum kam es zum offenen Konflikt und zum Ausschluß der Richtung Pivert. Er gründete mit seinen Anhängern eine neue Partei unter der Benennung «Parti Socialiste Ouvriers et Paysans» (Sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei). Ein großer Teil der Pariser Föderation folgte Pivert, und auch in der Provinz kam es zur Spaltung. Die Pivertsche Partei liebäugelte mit den Trotzlisten, und kurz

vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges spalteten sich die Trotzlisten in zwei Lager: die Mehrheit trat der Partei Piverts bei. Es dauerte natürlich nicht lange, bis die Partei von inneren Krisen durch die trotzkistische Fraktionsarbeit aufgefressen wurde. Der Krieg gab der Partei den fälligen Gnadenstoß, und sie versank sang- und klanglos. Pivert rettete sich während des Krieges nach Mexiko, von wo er mit Erfolg internationale Verbindungen anknüpfte. 1946 kam er nach Frankreich zurück und wurde wieder in die Sozialistische Partei aufgenommen. Es gelang ihm in kurzer Zeit, wieder Sekretär der Pariser Region zu werden. Gleichzeitig mit seinem Wiedereintritt in die Partei gründete Pivert eine Richtung unter der Bezeichnung «Sozialismus und Freiheit». Diese Bewegung umfaßt eine Anzahl linker sozialistischer Gruppierungen in verschiedenen Ländern. Die Grundlage bildet die Unabhängige englische Arbeiterpartei, neben ihr die unter dem Namen POUM bekannte spanische marxistische Arbeiterpartei; enge Verbindungen bestehen zur italienischen Partei Saragats. In Frankreich selbst ist die Seine-Föderation weitgehend an der Bewegung engagiert, obwohl offiziell die Sozialistische Partei sich nicht daran beteiligt. Die Bewegung gibt monatlich ein Organ heraus, das sich «Sozialismus und Freiheit» nennt. Pivert und seine Richtung sind entschiedene Gegner aller totalitären Ideen und betrachten den demokratischen Sozialismus als die wesentliche Grundlage der sozialistischen Bewegung.

In der Partei selbst steht Pivert mit der Seine-Föderation auf dem linken Flügel. Praktisch unterstützt er die Richtung Guy Mollet, geht aber theoretisch weiter, wird in der Kritik der Partei bissiger, wenn er als Vertreter von «Sozialismus und Freiheit» spricht oder seine Freunde sprechen läßt. Als wichtigstes politisches Ziel hat sich «Sozialismus und Freiheit» die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas gestellt. Mit einer ganzen Reihe linksbürgerlicher Gruppen, die für ein föderatives Europa eintreten, organisierten Pivert und seine Freunde einen ersten Kongreß in Montrouge. Als heftiger Gegner des Churchillschen Europas, das als eine bloße Blockbildung gegen Rußland betrachtet wird, organisiert «Sozialismus und Freiheit» einen sozialistischen Europakongreß im Juni in Mailand. Verbindungen bestehen ebenfalls zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die zu dem Mailänder Kongreß eingeladen werden soll. Bisher hat sich die Sozialistische Partei zu den Bestrebungen Marceau Piverts offiziell nicht geäußert.

Die Spaltung der Sozialistischen Jugend

Auf dem Lyoner Parteikongreß wurde die Sozialistische Jugend aufgelöst. Dieser Beschluß war der Endpunkt einer langen Krise zwischen Jugend und

Partei. Als kurz nach der Befreiung Frankreichs die Sozialistische Jugend neugebildet wurde, gelang es den Trotzlisten, sich in der Führung einzunisten und starken Einfluß zu nehmen. Die Koalitionspolitik der Partei, vor allem aber der Kolonialkrieg in Indochina, trieb die Sozialistische Jugend zu einer heftigen, schonungslosen Kritik der Parteiführung. Sachlich berechtigt, nahm diese Kritik dank dem trotzkistischen Einfluß Formen an, die für die Partei untragbar wurden. Im Organ der Jugend, «Le Drapeau Rouge», wurde die Gesamtpolitik der Partei auf das heftigste kritisiert, mit den Trotzlisten zusammen wurden öffentliche Versammlungen veranstaltet, die gegen die Sozialistische Partei gerichtet waren. Es kam zu der von den Trotzlisten erwünschten Spaltung. Die Mehrheit der Sozialistischen Jugend folgte den trotzkistischen Führern. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß die Sozialistische Jugend einfach ins trotzkistische Lager eingeschwenkt sei. Bis heute ist dieser Übergang nicht erfolgt. Einesteils, weil die Trotzlisten selbst eine überparteiliche, nicht abgestempelte Jugendorganisation, in der sie Einfluß besitzen, vorziehen, andererseits, weil auch nicht zu unterschätzende Gegentendenzen gegen die trotzkistischen Ideen vorhanden sind und sich mehr und mehr Luft schaffen. Die Partei war gezwungen, eine neue Jugendorganisation zu bilden, die heute einige tausend Mitglieder zählt.

Die Spaltung der Jugendorganisation führte zu einer Absplitterung in der Partei selbst. Im Direktionskomitee der Partei nahm *Dechezelles* den Standpunkt der Jugend ein. Auf dem Kongreß in Lyon vertrat er als einziger eine Resolution, die scharf und grundsätzlich die Koalitionspolitik der Partei ablehnte, den Rücktritt der sozialistischen Minister aus der Regierung verlangte und ein klassenmäßiges Aktionsprogramm vorschlug. *Dechezelles* blieb in Minderheit, und er verließ anläßlich des Jugendkonfliktes die Partei mit seinen Anhängern. Eine kompakte Gruppe sozialistischer Mitglieder in Lyon, zahlreiche persönliche Verbindungen im ganzen Lande ermöglichten es *Dechezelles*, eine «Sozialistisch-revolutionäre Aktion» zu gründen, in der natürlich auch die ausgeschlossene Sozialistische Jugend Platz gefunden hat.

La Bataille Socialiste

Zu einer ernsthafteren Abspaltung von der Partei kam es am Anfang dieses Jahres. Eine Reihe von Funktionären der Partei wurde ausgeschlossen, weil sie zu enge Beziehungen zur Kommunistischen Partei hatten. Nach dem Beispiel *Zyromskis*, der vor dem Kriege in der SFIO die Richtung «La Bataille Socialiste» führte, bildete sich eine ähnliche Tendenz unter dem Einfluß der

Kommunisten. Dieser Tendenz gehörten namhafte Funktionäre an, wie Elie Bloncourt, Hermann und Marcell Fourrier. Der letztere ist einer der leitenden Redaktoren der Tageszeitung «Franc-Tireur». Diese ohne Zweifel von den Kommunisten inspirierte Gruppe tritt für eine Aktionseinheit zwischen den Sozialisten und den Kommunisten ein. Sie vertritt eine ähnliche Position wie die Mehrheit der Nenni-Partei in Italien. Bei den völlig anders gearteten Beziehungen zwischen Sozialisten und Kommunisten in Frankreich stellt diese Tendenz eine kleine Minderheit dar. Sie gibt unter dem Titel «La Bataille Socialiste» ein alle 14 Tage erscheinendes Blatt heraus, in dem sie zur Aktionseinheit mit den Kommunisten aufruft. Ihre notorische Zusammenarbeit mit den letzteren hat die Partei gezwungen, den Trennungsstrich zu ziehen.

Der Ausschluß der führenden Mitglieder dieser Richtung hat die Tendenz selbst in der Partei nicht vernichtet. Der Wunsch, vor der drohenden gaullistischen Gefahr die Einheit der Arbeiterklasse zu verwirklichen, ist bei vielen Sozialisten sehr lebendig. Das macht sie zum Teil blind vor der Gefahr, die von links droht, die nicht minder groß und gefährlich für die Sozialistische Partei ist. Um die Zersetzungsarbeit in der Sozialistischen Partei zu fördern, haben die Kommunisten überall sogenannte «Komitees für eine Arbeiterpartei» gebildet. An die Spitze derselben setzen sie ihnen treu ergebene Parteilose und fordern unter dem Mantel der Einheit die sozialistischen Mitglieder auf, in diese Komitees einzutreten, die eine Vorstufe zur gemeinsamen einheitlichen Arbeiterpartei darstellen. «La Bataille Socialiste» arbeitet in diesen Komitees aktiv mit und setzt sich offen in Widerspruch zu den Parteibeschlüssen.

Der gaullistische Flügel

Während des Krieges haben vom Ausland aus, und in Frankreich unter der deutschen Besetzung, namhafte Sozialisten aufs engste mit den gaullistischen Befreiungsorganen, später in der provisorischen Regierung de Gaulles in Nordafrika, zusammengearbeitet. Für viele Sozialisten stellte de Gaulle das nationale Symbol dar; zahlreiche Querverbindungen bestehen heute noch weiter. Die intransigente kommunistische Politik verstärkte diese Ideen. Seit der Gründung der Kominform mit ihrer offenen Kampfansage an den demokratischen Sozialismus schätzen die Vertreter dieser Strömung die kommunistische Gefahr als gefährlicher ein als die Bewegung de Gaulles. Wenn bisher von einer ausgesprochenen gaullistischen Tendenz nicht die Rede sein konnte, es sich vielmehr um eine gefühlsmäßige Strömung handelte, so nimmt der

gaullistische Flügel langsam Form und Gestalt an. Bei den letzten Gemeinderatswahlen kam es in zahlreichen Gemeinden vor, daß die Sozialistische Partei mit den Gaullisten zusammen Block gegen die Kommunisten machte. Eine Reihe sozialistischer Bürgermeister wurde mit Hilfe gaullistischer Gemeinderäte in der Stichwahl gegen kommunistische Kandidaten gewählt.

Der repräsentativste Vertreter dieser Strömung ist der sozialistische Abgeordnete Le Trocquer. Mitglied der provisorischen Regierung de Gaulles in Alger, gehörte er verschiedenen Regierungen als Minister an. Auf Antrag der Seine-Föderation sollte Le Trocquer sein Mandat im mehrheitlich gaullistischen Gemeinderat von Paris niederlegen. Er weigerte sich. Wie sehr er das Vertrauen der Parteiführung, insbesondere der Parlamentsfraktion, genießt, wird unterstrichen durch seine kürzliche Wahl zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung. Die Gegensätze zwischen ihm und der Richtung Guy Mollet – Pivert sind außerordentlich tief und verschärfen sich zusehends. Le Trocquer macht aus seiner grundsätzlich antikommunistischen Haltung kein Hehl, ohne seine Vorliebe für de Gaulle ebenso offen zur Schau zu tragen. Die Zersetzungsarbeit der Kommunisten in der Sozialistischen Partei, die Ereignisse in der Tschechoslowakei, die ideologischen Bindungen mit dem Gaullismus verstärken das Gewicht dieser Strömung in der Partei.

Die Revolutionär-demokratische Vereinigung

Unter dem Namen «Rassemblement Démocratique Révolutionnaire» formierte sich vor einigen Wochen eine neue politische Gruppierung. Sie steht unter der geistigen Führung von Jean-Paul Sartre, dem bekannten französischen Philosophen, und dem durch seine beiden Bücher über die deutschen Konzentrationslager bekannt gewordenen Schriftsteller David Rousset. In einem Manifest und einer Pressekonferenz legten Sartre und Rousset die Ziele der Vereinigung dar. Sie will keine Partei sein, hingegen eine Zusammenfassung aller derjenigen, die auf dem Boden eines revolutionären, demokratischen Sozialismus stehen. Sie lehnt sowohl den kommunistischen wie den gaullistischen Totalitarismus entschieden ab. Der sogenannten *Dritten Kraft* wirft sie den Mangel jeder programmatischen Klarheit vor, eine chronische Tendenz zur Verwässerung der sozialistischen Ideen und eine ebenso chronische Unfähigkeit, sich von den eingerosteten parlamentarischen Schablonen loszulösen. Das eigentliche, alles umspannende Ziel, für das sich die Vereinigung unmittelbar einsetzt, ist die Verhinderung des Krieges. Sie will alle Kräfte sammeln, die bereit sind, ehrlich gegen eine neue Kriegsbedrohung

zu kämpfen, die diesen Kampf zu führen gewillt sind durch einschneidende soziale, ökonomische und politische Reformen.

Diese gänzlich außerhalb der Sozialistischen Partei stehende Neubildung erwähnen wir, weil eine Reihe prominenter sozialistischer Funktionäre, an ihrer Gründung beteiligt war und in ihrem Komitee sitzt. Es handelt sich um Jean Rous und Léon Boutbien, die beide im Direktionskomitee der Partei einflußreiche Posten innehaben. Sie und einige andere bekannte Funktionäre unterzeichneten das Manifest der erwähnten Vereinigung, ohne die Partei vorher zu informieren. Gegen diese Teilnahme hervorragender sozialistischer Mitglieder an andern politischen Gruppierungen protestierte Léon Blum heftig in einem beachteten Leitartikel des «Populaire». Dieser neue Konflikt wird den Zustand ideologischer Konfusion, der gegenwärtig in der SFIO herrscht, vergrößern.

Die Vielseitigkeit der Tendenzen und Richtungen in der Sozialistischen Partei Frankreichs darf ohne weiteres ihrem demokratischen Charakter ausgesprochen werden. An sich würden diese verschiedenen Richtungen und die ideologischen Auseinandersetzungen den Bestand der Partei nicht gefährden. Der Bestand der Partei wird aber dadurch in Gefahr gebracht, daß ausnahmslos alle Richtungen, unbekümmert um Parteibeschlüsse, mit außerhalb der Partei stehenden Organisationen nicht nur politisch zusammenwirken, sondern die Partei zugleich kritisieren und angreifen. Diese Tatsache erschwert und vergiftet jede innerparteiliche Diskussion von vornherein; sie stellt an den Anfang der Diskussion Fragen der Disziplin und verhindert damit eine demokratische Auseinandersetzung im Rahmen der Partei. *Das unaufhaltsame Anschwellen der gaullistischen Woge* wird die Partei in aller nächster Zeit vor schwere Belastungsproben stellen. Gelingt es ihr nicht, eine innere ideologische Geschlossenheit zu finden, so ist die Existenz der Partei ernsthaft bedroht.